

# **H a u p t s a t z u n g**

## **vom 30. September 2004 in der Fassung der 7. Änderung vom 09. Januar 2018**

Aufgrund der §§ 19 Abs. 1 und 20 Abs. 1 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO), in den jeweils gültigen Fassungen, hat der Gemeinderat der Gemeinde Niederorschel folgende Hauptsatzung beschlossen:

### **§ 1** **Name**

Die Gemeinde führt den Namen "Niederorschel"

### **§ 2** **Gemeindewappen, Gemeindeflagge, Gemeindesiegel**

- (1) Das Gemeindewappen zeigt:  
in Gold ein linksgewendeter roter Greif, die rechte Vorderklaue auf einen von Silber und Schwarz gespaltenen Schild stützend, darin ein rechtsgewendeter Adler in verwechselten Tinkturen.
- (2) Die Flagge der Gemeinde zeigt die Farben Rot und Gelb.
- (3) Das Dienstsiegel trägt die Umschrift oben "Thüringen" und unten "Gemeinde Niederorschel" und zeigt in der Mitte das Wappen der Gemeinde Niederorschel.

### **§ 3** **Ortsteile, Ortsteile mit Ortsteilverfassung**

- (1) Das Gemeindegebiet gliedert sich in die Ortsteile:
  1. Niederorschel,
  2. Rüdigershagen        und
  3. Oberorschel.Die Ortsteile Rüdigershagen und Oberorschel behalten ihren bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namen der Gemeinde.  
Die räumliche Abgrenzung der Ortsteile ergibt sich aus der als Anlage beigefügten Karte, die Bestandteil der Hauptsatzung ist.
- (2) Der Ortsteil Rüdigershagen erhält eine Ortsteilverfassung gem. § 45 ThürKO.  
Die räumliche Abgrenzung des Ortsteils mit Ortsteilverfassung ergibt sich aus der als Anlage beigefügten Karte, die Bestandteil der Hauptsatzung ist.
- (3) Die Wahl der weiteren Mitglieder des Ortsteilrats erfolgt nach den folgenden Regelungen:
  - a) Für das aktive und passive Wahlrecht finden die Bestimmungen des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) und der Thüringer Kommunalwahlordnung (ThürKWO) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend Anwendung, wobei an die Stelle des Begriffes „Gemeinde“ der Begriff „Ortsteil mit Ortsteilverfassung“ tritt.
  - b) Die Wahl der weiteren Mitglieder des Ortsteilrats erfolgt entsprechend den Vorschriften für die Wahl der Gemeinderatsmitglieder gemäß dem ThürKWG und der ThürKWO in der jeweils geltenden Fassung.
- (4) Der Ortsteilrat wählt aus seiner Mitte einen Stellvertreter des Ortsteilbürgermeisters.

### **§ 4** **Bürgerbegehren, Bürgerentscheid**

- (1) Über den Antrag auf Zulassung eines Bürgerbegehrens entscheidet die Gemeindeverwaltung innerhalb von vier Wochen nach Eingang des schriftlichen Antrags bei der Gemeindeverwaltung. Vor einer ablehnenden Zulassungsentscheidung sollen die Vertreter des Bürgerbegehrens angehört werden.
- (2) Der Inhalt der Eintragungslisten ergibt sich bei freier Unterschriftensammlung aus § 17 a Abs. 2 Satz 1 und 2 ThürKO und bei Eintragung in amtlich ausgelegte Eintragungslisten aus § 17 b Abs. 2 Satz 1 und 2 ThürKO. Die Eintragungslisten enthalten zudem Spalten für die Nummerierung der Eintragungen und für die amtlichen Prüfvermerke zu den Eintragungen.

- (3) Die Eintragungen sind innerhalb einer Eintragungsliste fortlaufend zu nummerieren. Die Eintragung kann vom Unterzeichner ohne Angabe von Gründen bis zum letzten Tag der Eintragsfrist schriftlich widerrufen werden. Für die Rechtzeitigkeit des Widerrufs kommt es auf den Eingang bei der Gemeindeverwaltung an. Eintragungen sind ungültig,
  - a) die von Personen stammen, die bei freier Unterschriftensammlung am letzten Tag der Sammlungsfrist oder bei Sammlung durch Eintragung in amtlich ausgelegte Eintragungslisten am letzten Tag vor der Auslegungsfrist nicht wahlberechtigt sind;
  - b) bei denen die eigenhändige Unterschrift fehlt oder
  - c) bei denen die eingetragenen Personen wegen undeutlicher Schrift oder unvollständiger Angaben nicht klar zu identifizieren sind.Doppel- und Mehrfacheintragungen gelten als eine Eintragung.
- (4) Der Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheides kann von den Vertretern des Bürgerbegehrens bis zum Tag vor der Beschlussfassung des Gemeinderates über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zurückgenommen werden.
- (5) Der Bürgermeister leitet die Vorbereitung und Durchführung des Bürgerentscheides (Abstimmungsleiter). Er kann mit der Führung der laufenden Geschäfte einen Bediensteten der Gemeindeverwaltung beauftragen.
- (6) Die amtlichen Stimmzettel für den Bürgerentscheid müssen den Antrag im Wortlaut enthalten und so gestaltet sein, dass der Antrag mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann. Die Stimme darf nur auf "Ja" oder "Nein" lauten. Der Abstimmende kennzeichnet durch ein Kreuz oder auf andere Weise auf dem Stimmzettel, ob er den gestellten Antrag mit "Ja" oder "Nein" beantworten will.
- (7) Die Entscheidungen im Zusammenhang mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid ergehen kostenfrei.

## **§ 5**

### **Einwohnerversammlung**

- (1) Der Bürgermeister beruft mindestens einmal jährlich eine Einwohnerversammlung ein, um die Einwohner über wichtige Gemeindeangelegenheiten, insbesondere über Planung und Vorhaben der Gemeinde, die ihre strukturelle Entwicklung unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder über Angelegenheiten die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind, zu unterrichten und diese mit ihnen zu erörtern. Der Bürgermeister lädt spätestens eine Woche vor der Einwohnerversammlung unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung in ortsüblicher Weise öffentlich zur Einwohnerversammlung ein.
- (2) Dem Bürgermeister obliegt die Leitung der Einwohnerversammlung. Er hat im Rahmen der Erörterung den Einwohnern in ausreichendem Umfang Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Soweit dies erforderlich ist, kann der Bürgermeister zum Zweck der umfassenden Unterrichtung Gemeindebedienstete sowie Sachverständige hinzuziehen.
- (3) Die Einwohner können Anfragen in wichtigen Gemeindeangelegenheiten, die nicht von der Tagesordnung der Einwohnerversammlung erfasst sind, bis spätestens zwei Tage vor der Einwohnerversammlung bei der Gemeinde einreichen. Die Anfragen sollen vom Bürgermeister in der Einwohnerversammlung beantwortet werden. Ausnahmsweise kann der Bürgermeister Anfragen innerhalb einer Frist von drei Wochen schriftlich beantworten.

## **§ 6**

### **Vorsitz im Gemeinderat**

Den Vorsitz im Gemeinderat führt der Bürgermeister, im Fall seiner Verhinderung sein Stellvertreter.

## **§ 7**

### **Bürgermeister**

- (1) Der Bürgermeister ist ehrenamtlich tätig.
- (2) Der Bürgermeister nimmt die Aufgaben gemäß § 29 ThürKO wahr. Weiteres regelt die Geschäftsordnung.

## **§ 8 Beigeordnete**

Der Gemeinderat wählt zwei ehrenamtliche Beigeordnete.

## **§ 9 Ausschüsse**

- (1) Der Gemeinderat bildet zur Erfüllung seiner Aufgaben einen Hauptausschuss und weitere Ausschüsse, welche die Beschlüsse des Gemeinderats vorbereiten (vorberatende Ausschüsse) oder aber einzelne Angelegenheiten abschließend entscheiden (beschließende Ausschüsse), und bestimmt deren Bildung, Zusammensetzung und Aufgaben. Nähere Regelungen trifft die Geschäftsordnung.
- (2) Bei der Zusammensetzung der Ausschüsse hat der Gemeinderat dem Stärkeverhältnis der in ihm vertretenen Parteien und Wählergruppen Rechnung zu tragen, soweit Fraktionen bestehen, sind diese der Berechnung zugrunde zu legen. Übersteigt die Zahl der Ausschusssitze die Zahl der Gemeinderatsmitglieder, so kann jedes Gemeinderatsmitglied, das im Übrigen keinen Ausschusssitz besetzt, verlangen, in einem Ausschuss mit Rede- und Antragsrecht mitzuwirken. Der Gemeinderat entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit durch Beschluss, welchem Ausschuss dieses Gemeinderatsmitglied zugewiesen wird.
- (3) Die Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien erfolgt nach dem mathematischen Verhältnis Hare/Niemeyer.

## **§ 10 Ehrenbezeichnungen**

- (1) Personen, die sich in besonderem Maße um die Gemeinde und das Wohl ihrer Einwohner verdient gemacht haben, können zu Ehrenbürgern ernannt werden.
- (2) Personen, die als Mitglieder des Gemeinderats, Ehrenbeamte, hauptamtliche Wahlbeamte insgesamt mindestens 20 Jahre ihr Mandat oder Amt ausgeübt haben, können folgende Ehrenbezeichnungen erhalten:  
Bürgermeister = Ehrenbürgermeister,  
Beigeordneter = Ehrenbeigeordneter,  
Mitglied des Ortsteilrats = Ehrenmitglied des Ortsteilrats,  
Ortsteilbürgermeister = Ehrenortsteilbürgermeister,  
Gemeinderatsmitglied = Ehrengemeinderatsmitglied,  
sonstige Ehrenbeamte = eine die ausgeübte ehrenamtliche Tätigkeit kennzeichnende Amtsbezeichnung mit dem Zusatz "Ehren-".  
Die Ehrenbezeichnung soll sich nach der zuletzt oder überwiegend ausgeübten Funktion richten.
- (3) Personen, die durch besondere Leistungen oder in sonstiger vorteilhafter Weise zur Mehrung des Ansehens der Gemeinde beigetragen haben, können besonders geehrt werden. Der Gemeinderat kann dazu spezielle Richtlinien beschließen.
- (4) Die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes und der Ehrenbezeichnung soll in feierlicher Form in einer Sitzung des Gemeinderats unter Aushändigung einer Urkunde vorgenommen werden.
- (5) Die Gemeinde kann das Ehrenbürgerrecht und die Ehrenbezeichnung wegen unwürdigen Verhaltens widerrufen.

## **§ 11 Entschädigung**

- (1) Die Gemeinderatsmitglieder erhalten für ihre ehrenamtliche Mitwirkung bei den Beratungen und Entscheidungen des Gemeinderats, seiner Ausschüsse und Fraktionen als Entschädigung nach Maßgabe der Thüringer Entschädigungsverordnung einen monatlichen Sockelbetrag von **20,00 €** sowie ein Sitzungsgeld von **16,00 €** für die notwendige, nachgewiesene Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderats, eines Ausschusses oder einer Fraktion, in dem sie Mitglied sind. Mehr als zwei Sitzungsgelder pro Tag dürfen nicht gezahlt werden. Es wird für maximal eine Fraktionssitzung vor jeder Gemeinderatssitzung Sitzungsgeld gezahlt.

- (2) Mitglieder des Gemeinderats, die Arbeiter oder Angestellte sind, haben außerdem Anspruch auf Ersatz des nachgewiesenen Verdienstaufschlags und der notwendigen Auslagen. Selbstständig Tätige erhalten eine Pauschalentschädigung von **10,00 €** je volle Stunde für den Verdienstaufschlag, der durch Zeitversäumnis in ihrer beruflichen Tätigkeit entstanden ist. Sonstige Mitglieder des Gemeinderats, die nicht erwerbstätig sind, jedoch einen Mehrpersonenhaushalt von mindestens drei Personen führen, erhalten eine Pauschalentschädigung von **5,00 €** je volle Stunde. Die Ersatzleistungen nach diesem Absatz werden nur auf Antrag sowie für höchstens 8 Stunden pro Tag und auch nur bis 19.00 Uhr gewährt. Überschneiden sich bei Arbeitern oder Angestellten Schichtdienst und Sitzungsdienst, gilt die zeitliche Begrenzung bis 19:00 Uhr nicht.
- (3) Für die notwendige auswärtige Tätigkeit werden Reisekosten nach dem Thüringer Reisekostengesetz gezahlt.
- (4) Für ehrenamtlich Tätige, die nicht Mitglied des Gemeinderats sind, gelten die Regelungen hinsichtlich des Sitzungsgeldes, des Verdienstaufschlags bzw. der Pauschalentschädigung und der Reisekosten (Abs. 1, 2 und 3) entsprechend. Die Mitglieder des Wahlausschusses erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen und die Mitglieder des Wahlvorstandes bei der Durchführung der Wahlen am Wahltag sowie erforderlichenfalls für den folgenden Tag eine pauschale Entschädigung in Höhe von **15,00 €**
- (5) Für die Wahrnehmung besonderer Funktionen und die hierdurch entstehenden höheren Belastungen und Aufwendungen erhalten eine zusätzliche monatliche Entschädigung:
- |  |                                   |
|--|-----------------------------------|
| der Vorsitzende eines Ausschusses von          | <b>25,00 €</b> ,                  |
| der Vorsitzende einer Gemeinderatsfraktion von | <b>2,50 €</b>                     |
|  | je Fraktionsmitglied<br>und Monat |
- (6) Die ehrenamtlichen Kommunalwahlbeamten erhalten nach Maßgabe der Verordnung über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit die folgenden Aufwandsentschädigungen:
- |  |                           |
|--|---------------------------|
| der ehrenamtliche Bürgermeister                          | <b>1.360,00 € / Monat</b> |
| der Ortsteilbürgermeister<br>des Ortsteils Rüdigershagen | <b>410,00 € / Monat</b>   |
| der ehrenamtliche Erste Beigeordnete                     | <b>320,00 € / Monat</b>   |
| der ehrenamtliche Zweite Beigeordnete                    | <b>125,00 € / Monat</b>   |
- (7) Die Mitglieder des Ortsteilrats erhalten als Aufwandsentschädigung für ihre ehrenamtliche Mitwirkung an den Sitzungen des Ortsteilrats ein Sitzungsgeld analog den Festsetzungen für die Gemeinderatsmitglieder gemäß Abs. 4.
- (8) Die ehrenamtlichen Wanderwegewarte erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von je **15,00 €**.
- (9) Die monatliche Aufwandsentschädigung der Ortschronisten betragen:
- für den Ortsteil Niederorschel **50,00 €**  
hierzu zählt die ehrenamtliche Absicherung aller in diesem Bereich anfallenden Arbeiten, auch die fachliche Betreuung und Erweiterung der Ausstellung des KZ-Außenkommandos Niederorschel;
  - für den Ortsteil Rüdigershagen **15,00 €**
- (10) Der von der Gemeinde bestellte Tontechnikwart für die Lindenhalle erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von **20,00 €**.

## § 12

### Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Satzungen der Gemeinde werden öffentlich bekannt gemacht durch Veröffentlichungen in dem Amtsblatt „Eichsfelder Kessel Nachrichten – Wochenblatt“ der Verwaltungsgemeinschaft „Eichsfelder Kessel“. Auf den Urschriften der Satzungen sind die Form und der Tag der öffentlichen Bekanntmachung schriftlich zu vermerken.
- (2) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen des Gemeinderats, seiner Ausschüsse oder des Ortschaftsrats werden durch Veröffentlichung im Amtsblatt "Eichsfelder Kessel

- Nachrichten - Wochenblatt" der Verwaltungsgemeinschaft „Eichsfelder Kessel“ bekannt gemacht.
- (3) Für sonstige gesetzlich erforderliche (öffentliche, amtliche oder ortsübliche) Bekanntmachungen gilt Abs. 1 entsprechend, sofern nicht Bundes- oder Landesrecht etwas anderes bestimmt. Im übrigen findet die Thüringer Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Satzungen der Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise (Bekanntmachungsverordnung) in ihrer jeweiligen Fassung Anwendung.
- (4) Öffentliche Auslegungen der Gemeinde werden in den jeweiligen Ämtern der Verwaltungsgemeinschaft "Eichsfelder Kessel", Sitz Niederorschel, vorgenommen.
- (5) Ist eine öffentliche Bekanntmachung in der durch Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so erfolgt sie Bekanntmachung ersatzweise durch Aushang im Schaukasten am Verwaltungsgebäude, Marktplatz 2.  
Ist der Hinderungsgrund entfallen, wird die öffentliche Bekanntmachung nach Abs.1 unverzüglich nachgeholt.

### § 13

#### Sprachform, Inkrafttreten

- (1) Die in dieser Hauptsatzung verwandten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Frauen in der weiblichen, für Männer in der männlichen Sprachform.
- (2) *An dieser Stelle die Hinweise: Die Hauptsatzung sowie deren 1., 2. und 5. Änderungssatzung traten am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Die 3. und 6. Änderungssatzung traten zum Ersten des Folgemonats nach deren öffentlichen Bekanntmachung in Kraft, die 4. Änderungssatzung zum 01. Januar 2011. Gleichzeitig traten alle dieser Satzungen entgegenstehenden Vorschriften außer Kraft.*

gez. Michalewski  
Bürgermeister

(Siegel)

---

Satzung rechtskräftig seit:	16. Oktober 2004
1. Änderungssatzung rechtskräftig seit:	29. September 2007
2. Änderungssatzung rechtskräftig seit:	21. März 2009
3. Änderungssatzung rechtskräftig seit:	01. August 2010
4. Änderungssatzung rechtskräftig seit:	01. Januar 2011
5. Änderungssatzung rechtskräftig seit:	26. Juli 2014
6. Änderungssatzung rechtskräftig seit:	01. Juli 2016
7. Änderungssatzung rechtskräftig seit:	01. Februar 2018